



Die Waldarbeit ist oft lebensgefährlich, trotzdem herrschen wegen Lohn- und Sozialdumpings oft unzumutbare Zustände. Vor allem Firmen aus den osteuropäischen EU-Staaten drücken die Preise.

Foto: iStock

Forstarbeiter leiden unter Sozialdumping

Massive Missstände im Wald: Grüner Klubchef Gebi Mair appelliert an Gemeinden und kündigt Initiativen an.

Innsbruck – Bereits im Sommer gab es einen Aufschrei der Wirtschaftskammer wegen Billigforstarbeitern aus Rumänien und Bulgarien. Es geht um Lohn- und Sozialdumping. Die Kammer forderte ein Umdenken von Gemeinden und Bundesforsten. Ende Oktober wurden dann bei Holzbringungstätigkeiten im Wattental unzumutbare Zustände aufgedeckt. Das Arbeitsinspektorat schritt ein, doch der Fall zeigt die Machtlosigkeit der Behörden auf.

Bei der Überprüfung wurde bekannt, dass das rumänische Unternehmen im Auftrag der Österreichischen Bundesforste auf Werkvertragsbasis die Arbeiten mit seinen Beschäftigten durchführte. Alle Arbeitnehmer waren in Rumänien versichert. Laut einem jetzt vorliegenden Bericht des Sozialministeriums im Zusammenhang mit einer parlamentarischen Anfrage von FP-NR Peter Wurm haben zwei Arbeitsinspektoren Übertretungen der Arbeitnehmerschutzvorschriften festgestellt. Behördenrelevante Informationen über einen allfälligen Sozialbetrug haben sie an die Finanzpolizei weitergeleitet.

Die Behörde drängte auch auf eine unverzügliche Verbesserung der Arbeitssituation, doch dazu kam es nicht mehr: Die Arbeiten durch das rumänische Unternehmen wurden nämlich umgehend beendet.

Jetzt schlägt der grüne Klubchef Gebi Mair Alarm: Die Situation vieler Forstarbeiter in Tirol sei „dramatisch“ und nur vergleichbar mit der prekären Situation vieler Erntehelfer. „Holzschlägerfirmen sehen sich seit längerer Zeit einem intensiven Preisdruck ausgesetzt. Die Folge ist Konkurrenz von oftmals schlecht



„Mir tut das Herz weh, wenn ich sehe, unter welchen schlechten Bedingungen im Wald gearbeitet wird.“

Gebi Mair/Grüne
(Klubchef)

Foto: Böhm

ausgebildeten, häufig scheinselfständigen oder auch unversicherten Holzschlägertrupps“, betont Mair. Das betreffe vor allem ausländische Firmen, die im Rahmen der Entsenderichtlinie arbeiten, aber auch einheimische Firmen, die sich dem starken Preisdruck ausgesetzt sehen.

Die Grünen, so Mair, wollen sich deshalb intensiv für die Verbesserung der Arbeitssituation von Forstarbeitern einsetzen. Es benötige arbeitsrechtliche Sicherheit, eine

Unfallversicherung, technische Ausbildung und ordentliche Bezahlung.“ Mair sieht die Gemeinden ebenfalls in der Pflicht, die die Aufgaben der Agrargemeinschaften übernommen haben: „Holzschlägerarbeiten sollen nicht nur nach dem Billigstbieterprinzip ausgeschrieben werden, die Gemeinden müssen bei der Vergabe auch auf soziale und arbeitsrechtliche Kriterien achten.“ Eine zweckmäßigere Verteilung der Arbeiten übers ganze Jahr sei zudem notwendig: „Derzeit werden Schlägerungen hauptsächlich im zweiten Halbjahr ausgeschrieben, wodurch eine Planung der Arbeiten für kleinere Tiroler Holzschlägerfirmen schwierig wird.“

Der grüne Klubchef kündigt deshalb eine Landtagsinitiative an, um das Bewusstsein für die Verbesserung der Arbeitssituation von Forstarbeitern zu schärfen. Schließlich seien 300 Forstbetriebe Mitglieder der Wirtschaftskammer und würden 600 Mitarbeiter beschäftigen. „Neben den Gemeinden als Substanzverwalter sind die Österreichischen Bundesforste der größte Auftraggeber in Tirol“, appelliert Mair gleichsam an die Verantwortung des Staatsbetriebs. Den Bundesforsten gehören 21 Prozent des Waldes in Tirol, insgesamt wurden 2015 rund 1,345 Millionen Festmeter Holz geschlagen. (pn)